

FRIEDEN DURCH SOZIALISMUS



VORAN - Broschüre 2,- DM

Diese Broschüre enthält eine Sammlung von Artikeln zum Thema "Frieden durch Sozialismus", die wir in den vergangenen Jahren in der marxistischen Zeitung VORAN und VORAN - Broschüren veröffentlichten. Soweit Artikel nicht namentlich gekennzeichnet sind, wurden sie von Mitgliedern des VORAN - Redaktionskollektivs verfaßt.

August 1983

Die Redaktion

Inhalt	Seite
VORAN Sonderausgabe Oktober 1981	Wie kann sich die Friedens- bewegung durchsetzen? 2
	Kann ein 3. Weltkrieg ver- hindert werden? 5
VORAN Broschüre "Jugend für Sozialismus" 1981	Jugend in der Bundeswehr 6
	Aufrüstung und Kriegsgefahr 7
	Jugend im Zivildienst 11
VORAN Nr. 57 Mai/Juni 1982	Friedensbewegung - wie soll es weitergehen? 12
VORAN Nr. 58 Juli/August 1982	Einziger Sieger: Die Rüstungs- industrie 14
VORAN Nr. 61 Dezember 82/Januar 83	Arbeiter müssen das Sagen haben 16
VORAN Nr. 62 Februar/märz 1983	Raketenstationierung verhindern 18
VORAN Nr. 63 April 1983	Abrüstung durch Verträge? 19

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie
 Überregionale marxistische Zeitung
 für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft
 Erscheint im zehnten Jahrgang
 Redaktionsanschrift: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11
 Telefon: 0 21 91 / 5 49 32

Bankverbindung: ; PschA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430
 VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger
 Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen-Dellwig

Millionen Arbeiter und Jugendliche fordern Abrüstung

Wie kann sich die Friedensbewegung durchsetzen?

Reichen Appelle und Demonstrationen aus?

Die ungebremsste Aufrüstung auf der Welt bei gleichzeitiger Sparpolitik im sozialen Bereich, NATO-Atomraketen, Neutronenbombe, blühender Waffenhandel, die scharfe US-amerikanische Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan — all dies hat in der Bundesrepublik eine neue Friedensbewegung in Gang gesetzt.

Rüstung und Krise

Schon vor dem 1. und 2. Weltkrieg gab es ähnliche Bewegungen mit ähnlichen Forderungen und Vorsätzen. Das Massenmorden konnte dadurch jedenfalls nicht verhindert werden. "Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und die sozialen Schwierigkeiten — das wird immer klarer — haben ihre Ursache im wesentlichen im ständigen Wettrüsten, " heißt es in dem von linken Sozialdemokraten initiierten "Bielefelder Appell". Also sind Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und soziale Konflikte maßgeblich auf das Wettrüsten zurückzuführen? Und nicht mehr auf die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung? Ist es nicht so, daß gerade die Jagd nach Profit in dieser chaotischen Marktwirtschaft zu all den Mißständen führt, die wir jeden Tag am eigenen Leibe spüren? Sicher, die Verschwendung von Unsummen für die Rüstung hemmt die Wirtschaftsentwicklung und verschärft die Krise. Aber wenn das Wettrüsten die hauptsächliche Ursache für Krisen und soziale Schwierigkeiten wäre — warum

leiden dann andere Länder mindestens ebenso stark an der Wirtschaftskrise wie die BRD, obwohl sie (im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft) viel weniger für die Rüstung ausgeben? Japan beispielsweise hat viel geringere Rüstungsausgaben und gleichzeitig 3 Millionen Arbeitslose! Auch Dänemark und Italien geben einen geringeren Prozentsatz des Bruttosozialprodukts für das Militär aus und haben doch höhere Arbeitslosen- und Inflationsraten.

Das Wettrüsten ist nicht die Ursache für Wirtschaftskrisen. Die Verschwendung von Material und Arbeitskräften stellt allerdings eine riesige wirtschaftliche Belastung dar, was unseren Lebensstandard drückt. Dem Wettrüsten liegen in erster Linie politische Ursachen zugrunde. Solange im Westen eine kleine Minderheit von Kapitalisten und im Osten die stalinistische Bürokratie herrschen, wird es in ihrem Interesse liegen, sich gegen ihren jeweiligen "inneren" (= die Arbeiter) und "äußeren" Feind aufzurüsten. Oder hat jemals in der Geschichte eine herrschende Klasse oder Clique freiwillig auf ihre Macht verzichtet?

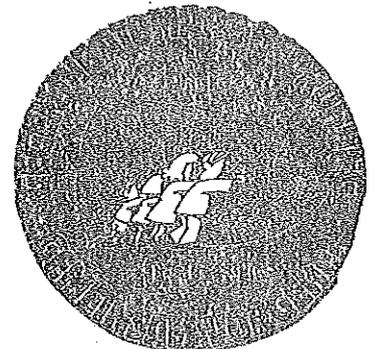
Und gerade in der Wirtschaftskrise sehen sich die Kapitalisten gezwungen, ihren Militär- und Polizeiapparat weiter aufzurüsten. Sie wissen, daß die Arbeiter sich auf Dauer nicht den ganzen Lebensstandard wegnehmen lassen und bereiten sich somit auf schärfere Auseinandersetzungen vor.

10 Prozent abrüsten?

"Mit zunehmender Aufrüstung wird ein neuer Krieg wahrscheinlicher. Abrüstung vermindert die Kriegsgefahr. Eine 10%ige Senkung der Rüstung ist schon ein erster wichtiger Schritt."

Auch diese Meinung ist weit verbreitet. Natürlich sollten wir um jede Mark Einsparung an den Rüstungsausgaben kämpfen, die einer Erhöhung der Sozialausgaben zugute kommt. Aber die Kriegsgefahr sinkt nicht automatisch mit den Rüstungsausgaben. Denn selbst bei einer 50- oder gar 80%igen Abrüstung in aller Welt wäre immer noch genug Waffenpotential vorhanden, um die ganze Menschheit auszurotten.

Die Kapitalisten führen nicht Kriege, weil sie Waffen haben. Sie schmieden sich Waffen, weil für sie der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln darstellt.



Demo-Button am 10.10.81

Und wenn es im Interesse der Kapitalisten liegt, Kriege zu führen, dann gäbe es ja auch ohne die Militärmaschinerie auf der Welt immer noch genug andere potentielle Mordwerkzeuge.

Rüstungslobby

Sicher haben die Rüstungskonzerne ein besonderes, naheliegendes Interesse an der Aufrüstung. Die Rüstungslobby hat auch schon Verträge durchgesetzt, die selbst vom bürgerlichen militärischen Standpunkt aus unsinnig sind. Durch ihren starken Einfluß hat die Rüstungsindustrie oft die Bundeswehr mit Geräten und Waffen "versorgt", die sofort (und nicht erst nach ein paar Jahren) verschrottet werden konnten.

Doch an ihrem handfesten Interesse alleine kann es nicht liegen, wenn auferüstet wird. Wären die anderen Kapitalisten wirklich so friedliebend, würden sie dann nicht gemeinsam die Rüstungsindustrie stützen? — Mit Moral läßt sich diese Frage nicht klären.

Der einzelne Rüstungskapitalist ist nicht brutaler oder bösarlicher als seine "Kollegen" aus anderen Branchen auch. Vielleicht ist er sogar richtig nett zu seiner Familie. Ihm geht es in erster Linie um seinen Profit. Wenn er aus der Produktion von "Friedensengel" für den Weihnachtsbaum oder Bibeln mehr Profit heraus schlagen könnte, würde er wohl dort einsteigen. Aber weil alle Kapitalisten ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung ihrer Macht und ihres Besitzes haben, kommt für sie eine entscheidende "Abrüstung" nicht in Frage.

"Ostpolitik" und "Entspannung"

Viele aktive Kollegen in der "Friedensbewegung" können sich noch an die große Begeisterung für die Brandt'sche Ostpolitik vor 10 Jahren erinnern und fordern eine Rückkehr zur guten alten "Entspannungspolitik" der 70er Jahre. Damals verkörperte die Regierung Brandt die Hoffnungen von Millionen auf ein neues Zeitalter von Frieden und Fortschritt.

Und sicherlich müssen wir alle Verbesserungen in den Reismöglichkeiten und menschlichen Kontakten unterstützen und begrüßen, daß mit dem Anspruch der CDU/CSU auf die "Ostprovinzen" endlich Schluß gemacht wurde.



Rosa Luxemburg:

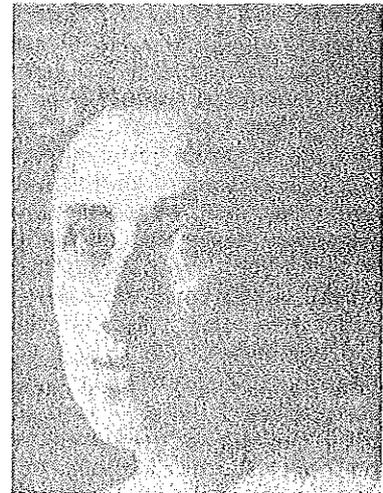
»Friede bedeutet Weltrevolution«

Für Rosa Luxemburg (1871 — 1919), die hervorragende Vertreterin des marxistischen Flügels in der alten Sozialdemokratie, gab es keine künstliche Trennung zwischen dem Friedenskampf und dem Kampf um die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Aus der Erfahrung mit dem 1. Weltkrieg heraus warnte sie vor Illusionen in eine Friedenssicherung auf kapitalistischer Grundlage:

"Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn sich das Proletariat selbst aus dem jetzigen Weltkriege die geringste Illusion und Hoffnung auf die Möglichkeit einer idyllischen und friedlichen Weiterentwicklung des Kapitalismus retten würde."

"Aber diese Politik kann nicht darin bestehen, daß die sozialdemokratischen Parteien jede für sich oder gemeinsam auf internationalen Konferenzen um die Wette Projekte ma-

chen und Rezepte für die bürgerliche Demokratie auskünsteln, wie diese den Frieden schließen soll, um die weitere friedliche und demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Alle Forderungen, die etwa auf die völlige stückweise Abrüstung, auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf Zerschlagung aller Großstaaten in nationale Kleinstaaten und dergleichen mehr hinauslaufen, sind samt und sonders völlig utopisch, solange die kapitalistische Klassengesellschaft das Heft in den Händen behält. Diese kann zumal unter dem jetzigen imperialistischen Kurs sowenig auf den heutigen Militarismus, auf die Geheimdiplomatie, auf den zentralistischen gemischt-nationalen Großstaat verzichten, daß die betreffenden Postulate eigentlich mit mehr Konsequenz allesamt auf die glatte 'Forderung' hinauslaufen: **ABSCHAFFUNG DES KAPITALISTISCHEN KLASSENSTAATES.**"



"Friede bedeutet Weltrevolution des Proletariats! Es gibt keinen anderen Weg, den Frieden wirklich herzustellen und zu sichern, als den Sieg des sozialistischen Proletariats."

Eine Tendenz zum friedlichen Nebeneinander zwischen den Herschenden in Ost und West gibt es schon seit 1945. Natürlich brauchen die westlichen Kapitalisten zu ihrer Rechtfertigung das Feindbild des bösen, aggressiven Russen und das abschreckende Beispiel eines Sozialismus ohne elementare Rechte und Freiheiten. Und die stalinistischen Bürokraten drohen ihren Arbeitern gegenüber mit der imperialistischen Militärmaschinerie und rechtfertigen damit ihre totalitäre Herrschaft.

Trotz aller Propagandaphrasen und Feindbilder haben die Mächtigen in Ost und West eines gemeinsam: Die Angst vor der Revolution in irgendeinem Industrieland, die zu einer echten Arbeiterdemokratie führen würde. Denn das würde die Arbeiter der anderen Länder begeistern und wäre somit der Anfang vom Ende für Kapitalismus und Stalinismus.

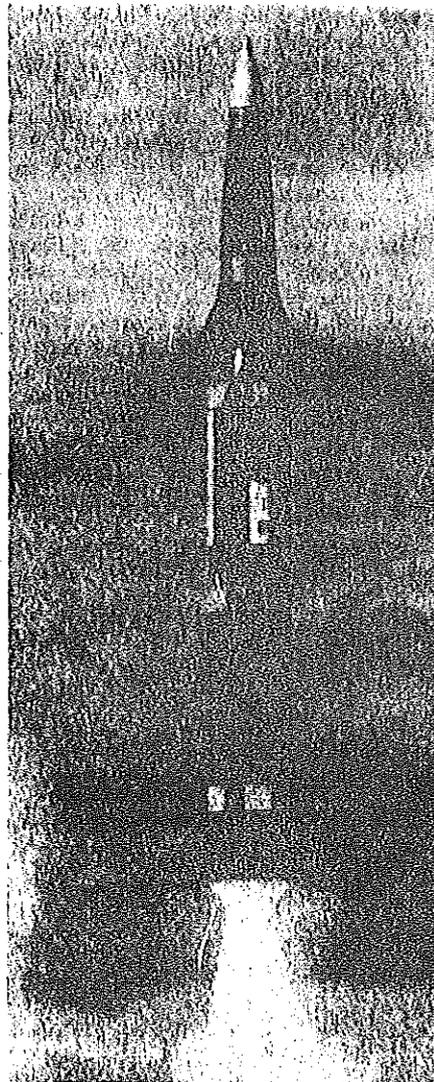
Kapital für "Aussöhnung"

Dieselben Großkapitalisten und Bankiers, die Hitler an die Macht gebracht und seinen Krieg gegen die Sowjetunion unterstützt hatten, entdeckten Ende der 60er Jahre ihr Interesse an einer Aussöhnung mit dem Osten. Das Geschäft mit Osteuropa bestimmte auch hier die politische Linie, und bundesdeutsche Industrielle begleiteten Willy Brandt 1970 zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages. Wenn die DKP den österreichischen Kanzler Kreisky als eifrigen Ostpolitiker lobt, dann sollten wir nicht vergessen, daß Österreich fast ein Fünftel seines Außenhandels mit dem Osten abwickelt.

Nato und Europa

Die NATO beansprucht, ein Bündnis zur Verteidigung der Freiheit zu sein und hat doch die Militärdiktaturen in Portugal und Griechenland ebenso unterstützt wie jetzt das türkische Regime. Daher fordern manche einen Austritt aus der NATO und die Neutralität für die BRD. Doch die beste "Neutralität" würde im Falle eines Weltkrieges nichts zählen. Sie ist keine Garantie dafür, daß ein Staat von der nuklearen Katastrophe verschont bliebe. Viele

Kollegen sind besonders angewidert von der blutbefleckten amerikanischen Tradition des Völkermordes. Die europäischen Kapitalisten sind auch keineswegs demokratischer und friedliebender als die amerikanischen. Doch sie waren früher als Kolonialherren und Steigbügelhalter faschistischer Regime nicht weniger zimperlich. Nicht "Euro-Neutalismus", sondern die Einheit der Arbeiter in Europa und Nordamerika muß deshalb die Forderung lauten.



Pershing II

Wer kontrolliert die Waffen?

Solange Waffen hergestellt und verbreitet werden, werden in einer Klassengesellschaft die Herrschenden immer wieder zu ihnen greifen, um ihren Willen gewaltsam durchzudrücken. Unser Ziel muß aber eine gewalt- und

klassenlose Gesellschaft ohne Waffen sein. Dies können wir nur dann erreichen, wenn die Arbeiterbewegung die Kontrolle über die Herstellung und Verbreitung aller Waffen in die eigene Hand nimmt. Erst dann wird eine allgemeine und wirkliche Abrüstung möglich.

Den in der Rüstungsindustrie beschäftigten Kollegen darf die Friedensbewegung keine (auch nur unterschwellig) moralischen Vorwürfe machen, sie seien mitschuldig an der Unterdrückung der Arbeiter in Chile und anderswo. Wir werden auch ihren Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze unterstützen. Diesen Kollegen müssen wir eine sozialistische Perspektive anbieten, um ihren Arbeitsplatz zu erhalten und die Produktion auf sinnvolle Güter umzustellen.

Das hohe atomare und sonstige Waffenpotential zeigt einen grundlegenden Widerspruch auf: die Entwicklung des Kapitalismus hat ungeheure Kräfte freigesetzt und eine Technologie geschaffen, die die Menschheit jetzt knallhart vor die Alternative stellt: entweder bekommen wir diese Technologie in den Griff und nutzen sie planvoll zum Wohle der Menschheit aus, oder wir überlassen sie weiterhin dem chaotischen System der Kapitalisten (und den Ostblockbürokraten) und riskieren dadurch die Zerstörung aller menschlichen Kultur. Deshalb ist die Friedensfrage gleichzeitig eine Machtfrage.

Arbeiterbewegung

Und wenn schon viele Kollegen mit uns der Ansicht sind, daß letztlich nicht Unterschriften und Kundgebungen, sondern nur der geballte Druck der Arbeiterbewegung eine echte Abrüstung erzwingen kann — dann müssen wir sie fragen: warum sollen wir dann die breite Mobilisierung nur auf diese eine Frage der Abrüstung begrenzen? Warum nicht gleich weitergehen und das ganze kapitalistische System abschaffen und durch eine sozialistische Demokratie mit Arbeiterkontrolle und -verwaltung ersetzen?

Daß neben den vielen zehntausenden von Jugendlichen, Gewerkschaftern und Sozialisten auch viele Persönlichkeiten von außerhalb der Arbeiterbewegung und Abtrünnige aus bürgerlichen Parteien für Frieden und Abrüstung auf die Straße gehen, hat die bürgerlichen Politiker und Journalisten sehr empört. Dies darf aber keinesfalls heißen, daß wir uns solchen Leuten wie

Mechtersheimer oder den verschiedenen Pastoren kritiklos unterzuordnen haben. Denn letzten Endes werden nicht Appelle und Demonstrationen über die Frage Krieg oder Frieden entscheiden, sondern der Ausgang der vor uns liegenden schweren Klassenkonflikte. Die Alternative heißt:

SOZIALISMUS ODER ATOMKRIEG!

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

**Karl Liebknecht
1915.**

Kann ein 3. Weltkrieg verhindert werden?

Waffen, Armeen und Kriege sind so alt wie die Klassengesellschaften. Mit dem Staat haben sich die herrschenden Klassen ein Instrument geschaffen, um Macht und Besitz nach Innen und nach Außen hin abzusichern. Der "Staat" — das sind "besondere Formationen bewaffneter Menschen" samt ihren sächlichen Anhängseln (wie Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art). So drückten es Friedrich Engels und Karl Marx aus. Der Staat existiert, um die bestehende Gesellschaftsordnung im Interesse der Herrschenden zu verteidigen.

Im 1. Weltkrieg stritten sich die Kapitalisten um Absatzmärkte, Kolonien und Rohstoffe. Diesen Krieg mußten die Herrschenden 1918 wegen der revolutionären Stimmung unter den europäischen Arbeitern (die durch den Krieg selbst hervorgerufen worden war) rasch beenden. Außer in Rußland siegte jedoch die Arbeiterklasse in der durch den Weltkrieg verursachten europaweiten revolutionären Welle in keinem einzigen Land. In den 20er und 30er Jahren erlitt die internationale Arbeiterbewegung demoralisierende Niederlagen (Italien, Deutschland, Spanien, Österreich...) Erst diese Nic-

derlagen machten den Weg frei für das Massenmorden des 2. Weltkrieges. Aus diesem Krieg ging jedoch der Imperialismus geschwächt hervor: Er verlor halb Europa und in den Jahren selther auch China und etliche andere Länder der "Dritten Welt". Das internationale Kräfteverhältnis hat sich zu Ungunsten des Imperialismus verschoben. Daran können auch noch so scharfe Worte der US-Regierung nichts ändern.

Natürlich ist die Gefahr eines erneuten Weltkrieges grundsätzlich nicht gebannt, solange der Kapitalismus weiterbesteht. Aber die herrschende Klasse weiß, daß sie bei dem heutigen internationalen Waffenpotential höchstwahrscheinlich einen Weltkrieg nicht überleben würde. Und selbst wenn sich die Herren und Damen in Atombunkern verkrühen würden und eine theoretische Überlebenschance hätten — wer soll dann noch für das Kapital arbeiten, wenn wir — die Arbeiter — alle ausgerottet sind?

Solange in den westlichen Industrienationen noch eine bürgerliche parlamentarische Demokratie herrscht, wird dieses System der "Gewaltenteilung" mit

seiner gegenseitigen Kontrolle verhindern können, daß einzelne hochgestellte Personen im Staats- und Militärapparat "durchdrehen" und "durch Knopfdruck" den heißen Atomkrieg auslösen. Es steht für die Kapitalisten zu viel auf dem Spiel, als daß sie nicht durch ein ausgeklügeltes Kontrollsystem einem "Weltkrieg aus Zufall" vorbeugen würden.

Ein "begrenzter" und "führbarer" Atomkrieg mag durchaus in den Hirnen militärischer Fachdioten und rechter Politiker herumspuken. Doch selbst wenn dies technisch machbar wäre, ist es politisch völlig unvorstellbar, daß sich die amerikanischen Kapitalisten vor den Augen ihrer Bevölkerung und vor den Völkern der "verschonten" Welt die atomare Zerstörung der Sowjetunion und anderer Länder leisten könnten. Das würde zu Generalstreiks und revolutionären Situationen führen und wäre somit der politische Selbstmord des Imperialismus!

Mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Niedergang des Kapitalismus werden sich in den nächsten Jahren die Klassenkämpfe in allen westlichen Ländern verschärfen. Die Arbeiterklasse wird wiederholt die Chance haben, den Kapitalisten die Macht zu entreißen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen.

Wenn sie aber diese Gelegenheiten verpaßt, dann droht eine Niederlage für die Arbeiterbewegung und die Machtergreifung einer brutalen Militärdiktatur. In ihrer Verzweiflung könnte die herrschende Klasse die Macht einigen blutrünstigen Generälen in die Hand geben.

Ein Hitler oder ein Pinochet, der Zugang zum atomaren Waffenpotential hat, könnte den "atomaren Erstschlag" und den "totalen Krieg" anordnen — und damit die Zerstörung der gesamten Menschheit in greifbare Nähe rücken.

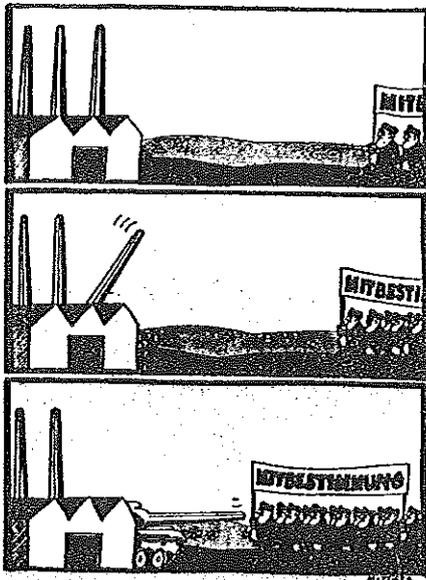
Deshalb ist für die Zukunft der gesamten Menschheit von entscheidender Bedeutung: Wird die Arbeiterklasse aus den in den nächsten beiden Jahrzehnten unvermeidlich ausbrechenden Klassenkämpfen siegreich hervorgehen? Wird sie den Übergang zu einer weltweiten sozialistischen Demokratie vollbringen, um dann eine 100%ige Abrüstung durchführen zu können und Kriege aller Art in die Vergangenheit zu verbannen?



Herbstmanöver

JUGEND IN DER BUNDESWEHR

"Die Bundeswehr ist die Schule der Nation." Ein schöner Spruch. Was man beim Bund außer "Schnauze halten! Stillgestanden! Parieren!" noch lernt, das erzählte uns ein frisch Entlassener: "Saufen, nichts als Saufen. Auf andere Weise können die meisten ihren Frust nicht vergessen... Ich hab's genauso gemacht. Meiner Meinung nach bildet der Barras die meisten Alkoholiker heran!"



Der große Frust widerspiegelt sich auch in der steigenden Zahl von Selbstmorden junger Soldaten. Der mickrige Sold von rund 200 DM monatlich erlaubt kaum Freizeitaktivitäten. Private Kantinepächter in den Kasernen machen mit teuren Preisen ein gutes Geschäft. Meist geht das ganze Geld für Wochenendheimfahrten drauf. Nach oftmals 60 Stunden Wochendienst kann's den meisten nicht schnell genug gehen. "NATO-Rallye" wird's im Jargon genannt, wenn es am Freitag-nachmittag endlich ab nach Hause geht: "Wochenendflucht aus Kasernendrill - Immer mehr Soldaten rasen mit PKW in den Tod", so überschrieb eine Tageszeitung einen Artikel.

Durch Krankfeiern, Blaumachen (einerseits) und Anpassen und Mundhalten (andererseits) versuchen die meisten, sich das Kasernenleben so angenehm wie möglich zu

machen. "Keiner hat mich je gefragt, ob ich 15 Monate meines Lebens durch den Schlamm robben will. Ich wurde dazu gezwungen. Zu verweigern hatte ich keine Lust - das kostet genauso meine Zeit, außerdem sind 'ne Menge bürokratischer Scherereien damit verbunden. Jetzt sag ich mir halt: 'Das geht auch vorbei' und versuche, die 15 Monate runterzureißen, ohne irgendwo anzuecken."

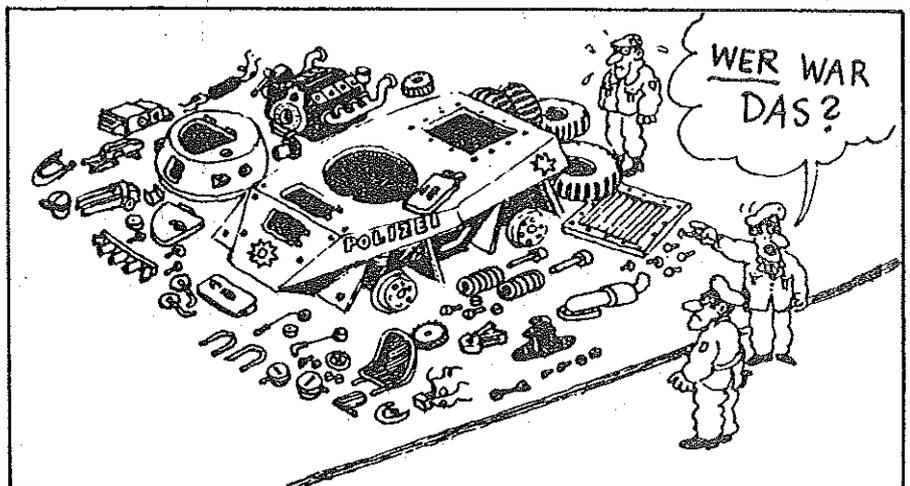
Innere Überzeugung ist bei den meisten Wehrpflichtigen (rund 240.000) nicht vorhanden. Selbst bei vielen der (rund 63.000) Berufssoldaten oder der (ca. 180.000) Zeitfreiwilligen nicht; die machen das meist nur, weil sie keine Lehrstelle, keinen Studien- oder Arbeitsplatz kriegen.

Politische Betätigung ist verboten. In der "Schule der Nation" werden die demokratischen Grundrechte oft mit Füßen getreten. Beschwerden einzureichen trauen sich die meisten nicht. Und die vorgesetzten Offiziere sind oft "auf dem rechten Auge blind". Neonazis dürfen fast unbehelligt in der Bundeswehr ihr Unwesen treiben. Linke werden schikaniert, gedrückt und geschlaucht. Wenn Soldaten es mal wagen, in Uniform an einer Friedens- oder Antikriegsdemonstration teilzunehmen, kriegen sie ein Disziplinarverfahren an den Hals gehängt.

Wegen "geburtenschwacher Wehrpflichtigenjahrgänge" in den 80er Jahren soll demnächst die Wehrdienstzeit verlängert werden. Noch weitergehende Planungen sehen sogar die Wehrpflicht für Frauen vor!

Übungen und Manöver beweisen: die Bundeswehr wird von den Herrschenden nicht nur für einen Krieg nach außen, gegen einen anderen Staat trainiert. Genauso wird der Krieg nach innen, der Bürgerkrieg gegen protestierende Demonstranten oder streikende Arbeiter geübt. Die Generäle lassen z.B. die "Niederschlagung eines Generalstreiks", die "Räumung eines durch Arbeiter besetzten Großbetriebes" und "Straßenkampf gegen den inneren Feind (Großdemonstration von Kernkraftgegnern)" vorbereiten! Junge Arbeiter in Uniform sollen also als Wehrpflichtige gegen ihre eigenen Kollegen in Zivil, gegen ihre Brüder, Schwestern, Väter, Mütter, Freunde und Bekannte vorgehen. Ob sich die Herren Generäle im "Fall eines Falles" nicht verrechnet haben? - Dafür müssen wir jedenfalls sorgen!

Wir treten für die Auflösung der Bundeswehr ein. Ob wir jedoch wollen oder nicht - sie wird noch einige Zeit bestehen. Grund genug, um für grundlegende Änderungen in der Bundeswehr einzutreten, solange es sie noch gibt!



Deshalb fordern wir:

- * Wahl aller Offiziere durch die Mannschaften (einschließlich der Möglichkeit auf jederzeitige Abwahl)!
- * Für das Recht aller Wehrpflichtigen und Berufssoldaten, sich in den Kasernen gewerkschaftlich zu organisieren!
- * Streikrecht für alle Angehörigen militärischer Einheiten!
- * Für freie politische Betätigung in der Bundeswehr! Rede-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit!
- * Für das Recht aller Einheiten, demokratische Soldatenkomitees zu wählen, welche die Interessen der Mannschaften vertreten!
- * Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter, Angestellte und Gewerkschafter! Kein Einsatz gegen Streikende und Demonstranten! Im " Ernstfall": Verweigert die Befehle!
- * Die militärische Ausbildung muß unter die Kontrolle der Gewerkschaften gestellt werden!
- * Einen garantierten Mindestsold von 1.500,- DM netto für alle Wehrpflichtigen! Junge Arbeiter, die einrücken müssen, sollen ihren vollen Lohn fortgezahlt bekommen!
- * 35-Stunden-Woche für alle Wehrpflichtigen und Berufssoldaten! 35 Tage Mindesturlaub jährlich!
- * Keine Kasernierung für Soldaten! Keine Massenbettsäle, sondern Einzelzimmer!
- * Keine helmferne Stationierung für Soldaten und Wehrpflichtige!
- * Keine Verlängerung der Wehrpflicht! Keine Einführung von Wehrpflicht für Frauen und Mädchen!

Aufrüstung und Kriegsgefahr

"Droht ein neuer Weltkrieg?" -- Diese Frage stellen sich heute viele Jugendliche. Sie haben mehr Angst davor als die Jugend vor 20 Jahren. Dies ist das eindeutige Ergebnis von Meinungsumfragen.

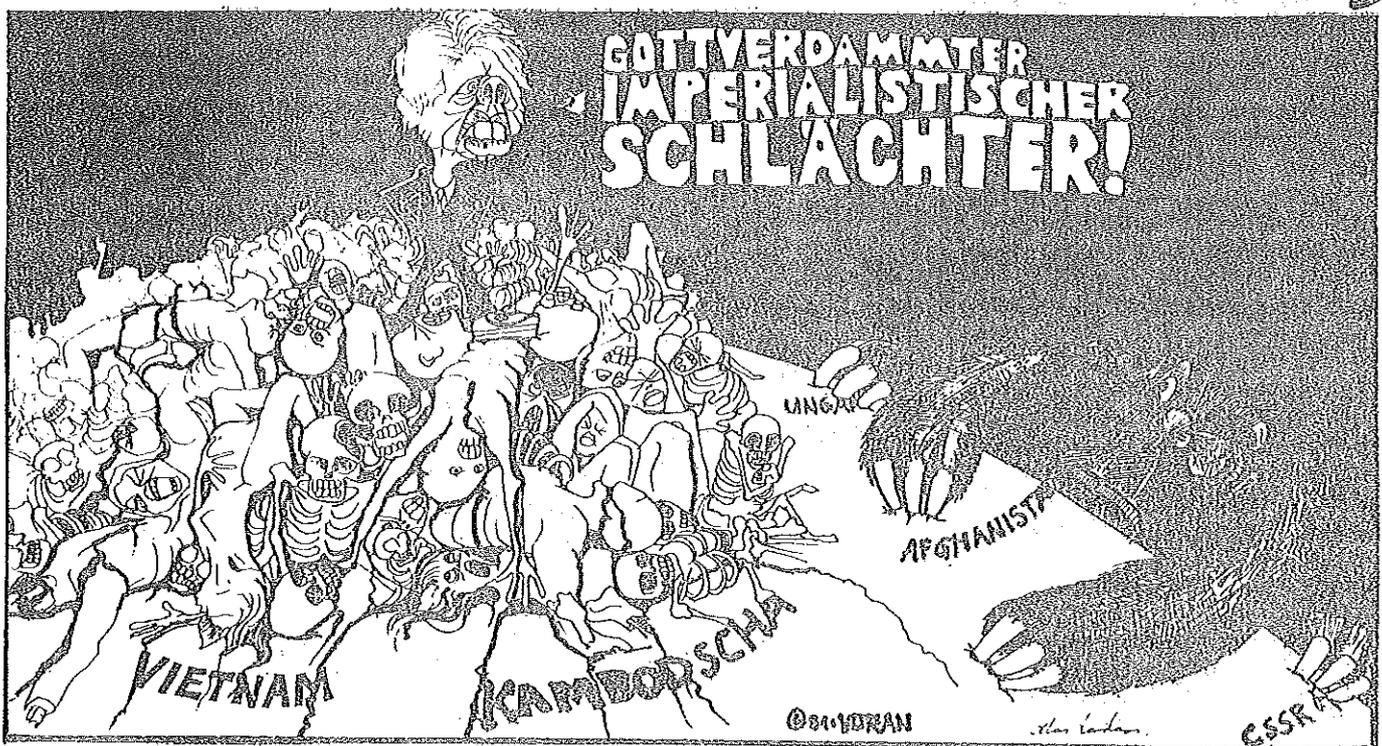
Gründe dafür scheint es genug zu geben: zunehmende internationale Spannungen; ein säbelrasselnder

US-Präsident Reagan; Spekulationen um einen militärischen Konflikt wegen "unserer" Ölquellen; eine NATO, die neuerdings die ganze Erde zu ihrem Operationsgebiet erklärt. . .

Heute macht sich kaum noch jemand Hoffnungen, mit "Entspannungspolitik" den "Weltfrieden" sichern zu können. Dabei hat es eigent-

lich einen Weltfrieden nie gegeben -- an keinem einzigen Tag der "Nachkriegs"-Periode! In diesem Zeitraum wurden nämlich in der Dritten Welt mehr als 200 Kriege geführt.

Beutegierige Großmächte und Imperialisten griffen zu Völkermorden, Napalmbomben, künstlichen Hungersnöten und Überschwemmungen, um die Aufstände und Befreiungs-



RÜSTUNGSWETTLAUF — WARUM ?

Was sind eigentlich die Ursachen für den wahnwitzigen Rüstungswettlauf?

In Ost und West bestehen zwei fundamental unterschiedliche und gegensätzliche Gesellschaftssysteme. Auf der einen Seite der "real existierende Sozialismus"; auf der Grundlage zentraler Planwirtschaften übt eine allmächtige und privilegierte Bürokratie ihre Diktatur aus. Auf der anderen Seite stehen die "westlichen Marktwirtschaften"; kapitalistisch-imperialistische Staaten unter der Herrschaft von Finanzkapital und wenigen Großkonzernen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Privateigentum der hauptsächlichlichen Produktionsmittel ist unvereinbar mit einer zentralen Planwirtschaft. Deswegen stehen sich die Systeme unversöhnlich gegenüber. Die Herrschenden der beiden Seiten — hier Kapitalisten, dort Bürokraten — betrachten sich gegenseitig mit äußerstem Mißtrauen.

Die Kapitalisten wissen zwar, daß die stalinistischen Diktatoren des Ostblocks nicht gerade eine magnetische Anziehungskraft auf die westlichen Arbeiter ausüben. Trotz-

dem geben sie sich beunruhigt über das angebliche "Moskauer Streben nach der Weltrevolution". Vor allem fürchten sie das große wirtschaftliche Potential, das (trotz Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanungen) in einer Planwirtschaft steckt.

Andererseits wissen die Ostblockbürokraten genau: nur allzugerne würde der Imperialismus ihre Planwirtschaften vernichten, könnte er sich eine realistische Chance dafür ausrechnen. Sie erinnern sich: schon zweimal hat der Imperialismus die Sowjetunion angegriffen. 1920 drangen 21 verschiedene Armeen von allen Seiten in Rußland ein, um die noch junge Revolution zu vernichten. Und 1941 überfiel der Hitlerfaschismus das Land. Bei der ersten Intervention 1920 hatte noch keine privilegierte Bürokratie die staatliche Allmacht an sich gerissen. Die Sowjetunion war noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat, aber geschwächt von Krieg und Revolution und ohne große militärische Macht. Damals wurden die imperialistischen Truppen nicht zuletzt mit ideologischen und politischen Waffen zurückgeschlagen:

Die revolutionäre Regierung der

Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte richtete Aufrufe, Flugblätter und Propaganda an die ausländischen Soldaten und an die Arbeiterklasse in deren Heimatländern, mit der Aufforderung zur Desertion und Meuterei, zu Streiks und Demonstrationen gegen den Vormarsch auf Moskau. Das zeigte Wirkung. Es zwang die Imperialisten schließlich zum Abbruch ihrer Operation. . .

Heute herrscht in der UdSSR eine privilegierte Bürokratie. Diese kann natürlich nicht mehr auf Apelle an die internationale Solidarität der Arbeiter vertrauen. Solche Apelle können aus ihrem Munde überhaupt keine Wirkung haben. Arbeiter in Ost und West haben nämlich einen gesunden Haß auf alle stalinistischen Diktatoren.

Zur Verteidigung ihres Systems gegen imperialistische Bedrohung verläßt sich die UdSSR-Bürokratie deshalb lieber auf militärische Mittel. Darum muß sie den gigantischen Rüstungswettlauf mitmachen. 14% des Volkseinkommens gehen dabei drauf und hemmen eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung.

kämpfe jahrhundertlang unterdrückt gehaltener und ausgebeuteter Kolonialvölker zu ersticken (z.B. in Indochina und Angola).

"Kapitalismus bedeutet Krieg." Dieser Satz Lenins hat nichts von seinem Wahrheitsgehalt verloren! 79 verschiedene Länder waren Schauplätze dieser "kleinen" Kriege. Zum Vergleich: der I. Weltkrieg wurde in 14, der II. Weltkrieg in 40 Ländern ausgetragen. Mit weit über 25 Millionen Toten erreicht die Zahl der Opfer fast die des II. Weltkriegs. Diese Kriege stellten — jeder für sich genommen — oftmals dessen Materialschlachten in den Schatten.

Trotzdem nahm die Revolution der Kolonialländer ihren Lauf. In einer Reihe von bewaffneten Befreiungskriegen drängten sie den Imperialismus nach und nach zurück. Ein Volk nach dem anderen befreite sich von ausbeuterischen Würgegriffen und stürzte Kapitalismus und Großgrundbesitz. In den letzten Jahrzehnten erlitt der Imperialismus gegen seine früheren Kolonien eine militärische Niederlage nach der anderen.

Doch die Aufrüstung geht weiter. Unter der Peitsche imperialistischer Habgier hat der menschliche Geist mit wissenschaftlichen Methoden ein

Arsenal von Vernichtungswaffen erschossen, das den ganzen Erdball 200 mal hintereinander in einen Schrotthaufen verwandeln könnte. Und der Irrsinn nimmt vorläufig ungebremst seinen Lauf. . .

Weltweit werden so Unsummen für die Rüstung verschleudert: gegenwärtig sind es mehr als 1.000 Milliarden DM jährlich! Alleine in der BRD sind es Jahr für Jahr 70 Milliarden DM (oder 5% des Volkseinkommens) — mit steigender Tendenz. Mehr als eine halbe Million Wissenschaftler und Techniker (das ist mehr als die Hälfte des gesamten wissenschaftlichen und technischen Personals) arbeiten weltweit an der Entwicklung konventioneller, atomarer, biologischer, bakterieller und chemischer Waffensysteme. Könnten nicht bei vernünftigem Einsatz dieser Mittel weltweit alle Krankheiten, jede Not und die ganze Armut noch innerhalb dieses Jahrtausends ausgerottet werden?

Nicht nur zur Unterdrückung der Kolonialvölker existieren die Armeen dieser Welt. In jedem Land dienen sie auch zur (notfalls) gewaltsamen Aufrechterhaltung der inneren Machtverhältnisse. Sie sind ein Machtinstrument der Herrschenden — im Osten wie im Westen — gegen

die Arbeiterklasse. Auch die Bundeswehr hat eine innenpolitische Funktion: sollte eines Tages die Unzufriedenheit mit den sozialen Verhältnissen oder der Protest gegen gesellschaftliche Mißstände so groß werden, daß sie nicht mehr mit den üblichen Methoden (Kompromisse, Scheinlösungen, leere Versprechungen, Betrug) beruhigt werden können, dann sollen sie gewaltsam von der Bundeswehr niedergeschlagen werden. Das sehen die Notstandsgesetze vor.

Wir alle müssen deshalb für eine sofortige Abrüstung kämpfen. Dabei dürfen wir uns nicht die Gegnerschaft der Arbeiter in der Rüstungsindustrie zuziehen. Wir müssen ihre Unterstützung gewinnen. Sie werden uns fragen: "Was wird aus meinem Arbeitsplatz?" Diese Frage ist berechtigt. Wir müssen sie beantworten können.

Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen sich sicher sein, daß sie durch Abrüstung nicht brotlos werden. Für ihren Industriezweig muß die Perspektive einer alternativen Produktion nützlicher Güter angeboten werden.

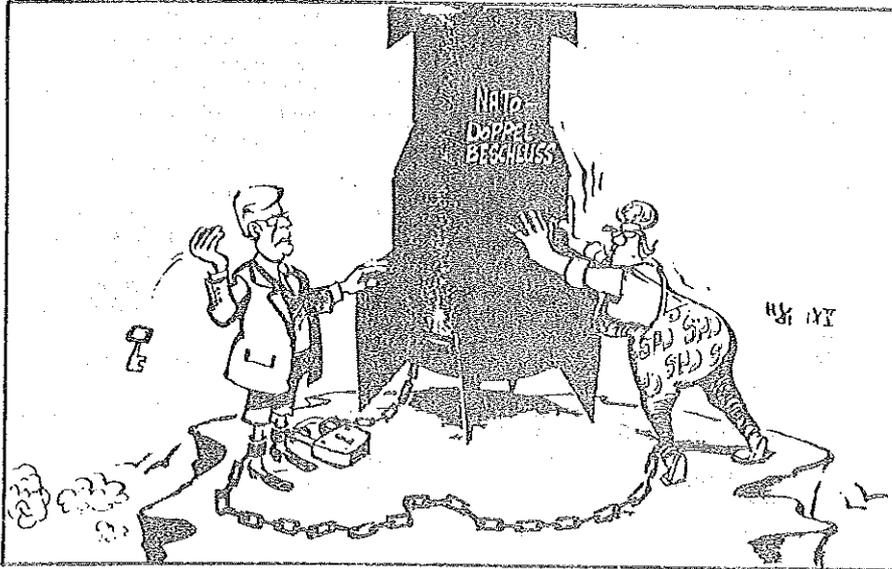
Solange Kapitalismus im Westen und bürokratische Herrschaft im Osten weiterbestehen, wird dies allerdings nie geschehen. Die Herrschenden auf beiden Seiten werden sich niemals durch Abrüstung selbst

entwaffnen. Der Kampf für Frieden und Abrüstung muß deshalb mit dem Kampf für den Sturz des Kapitals im Westen und der Bürokraten im Osten verknüpft werden.

Selbstverständlich unterstützen

wir jede Forderung und jeden Kampf für eine Teilabrüstung hier und heute. Doch das genügt uns nicht. Erst der weltweite Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, die auf dem Gemeineigentum der Produktionsmittel und auf einer Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung beruht, wird dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf endgültig ein Ende bereiten. Erst dann können wir die Waffenarsenale auf der ganzen Welt verschrotten.

Ein Weltkrieg auf dem heutigen Stand der atomaren, biologischen und chemischen Rüstung würde das Ende jeglicher Zivilisation bedeuten. Er wäre auch das Ende der Herrschenden selbst. Deshalb werden sie ihn nicht einfach über Nacht vom Zaun brechen -- trotz aller Gegensätze zwischen Ost und West und innerhalb des imperialistischen Lagers selbst.



„Willst du den kippen? Überleg dir das gründlich“



ABRÜSTUNG DURCH "SALT" IN SICHT ?

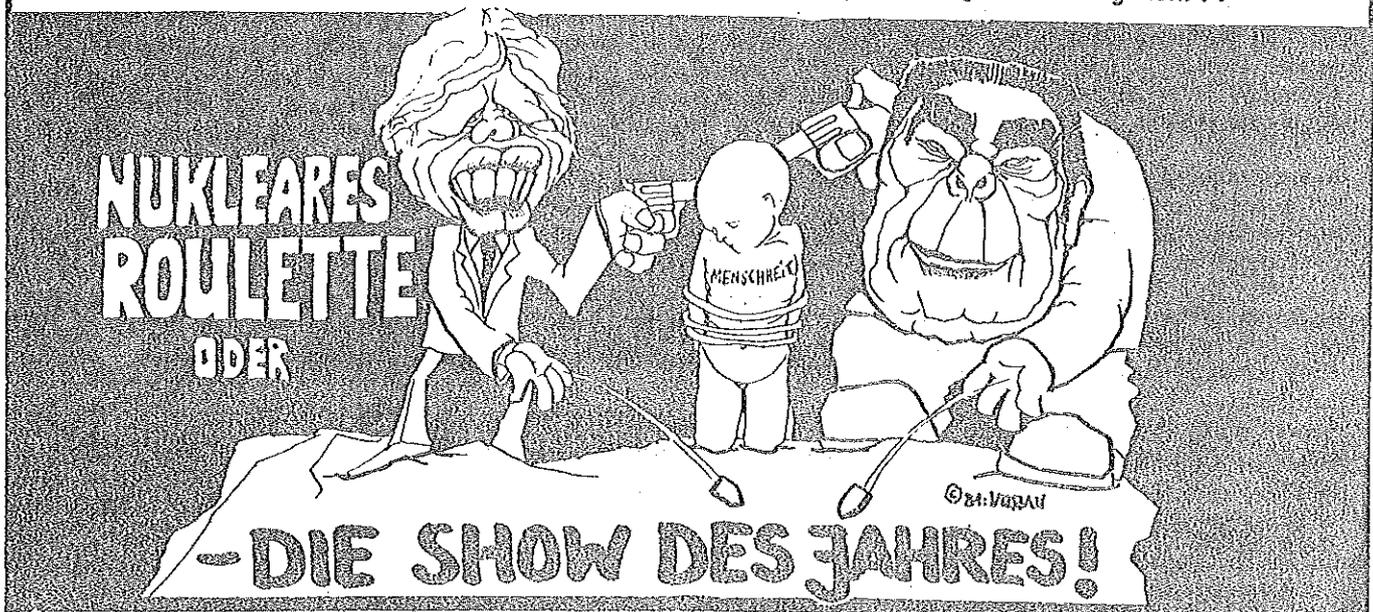
Zwar handelten die Großmächte untereinander verschiedene "Verträge zur Begrenzung strategischer Waffen" ("SALT") aus. Diese Verträge sollten jedoch eher heißen: "Verträge über weitere Aufrüstung mit strategischen Waffen". In den SALT-Abkommen steht nämlich nicht drin: "Alle Vertragspartner rüsten ab und verschrotten die Hälfte ihrer Waffen," Sie legen lediglich eine Obergrenze für bestimmte

Waffensysteme fest: diese Obergrenze liegt meist weit über dem tatsächlichen Ist-Stand der Gegenwart.

Gerade auf dem Gebiet der modernsten Atomwaffen, bei Raketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) kann kräftig weitergerüstet werden: die UdSSR hat gegenwärtig 795 MIRV-Raketen, die USA haben 1046 -- und erlaubt sind laut SALT-II-Vertrag für jede

Seite 1320!

Was wird geschehen, wenn die zahlenmäßigen Grenzen ausgeschöpft sind? Werden beide Seiten dann die Hände in den Schoß legen? Werden sie ihre Militärtechniker und Rüstungsarbeiter entlassen? Sicher nicht. Dann wird es um qualitative Verbesserungen der alten Waffensysteme und um die Entwicklung neuartiger Vernichtungstechniken gehen. . .



Wer einen Weltkrieg anzetteln wollte, müßte zuerst eine brutale Militärdiktatur errichten, um die Arbeiter und die gesamte Bevölkerung seines Landes vollständig zu unterdrücken, damit jeder Widerstand im Keim erstickt wird.

Aber anders als in den 30er Jahren ist die Arbeiterklasse in allen westlichen Ländern heute stärker und (meist) selbstbewußter denn je. In den bevorstehenden Klassenkämpfen der nächsten Jahre werden wir wiederholt die Gelegenheit er-

halten, den Kapitalismus ein für alle Mal zu beseitigen.

Allerdings: solange der Kapitalismus überlebt, solange kann niemand Kriege und letztlich die Gefahr sogar eines Weltkrieges beseitigen.

Deshalb fordern wir:

- *Frieden durch Sozialismus!
- *Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte!
- *Keine Weiterentwicklung bestehender Waffensysteme!
- *Radikale, einseitige und bedingungslose Abrüstung jetzt!
- *Abschaffung jeglicher Geheimdiplomatie! Veröffentlichung aller Geheimverträge!
- *Der Verteidigungsetat der BRD muß für die Finanzierung der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung alternativer und gesellschaftlich nützlicher Produkte eingesetzt werden!
- *Auflösung der Bundeswehr und Einsatz aller Soldaten bei produktiver Arbeit!
- *Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Menschen! 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust!
- *Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- *Planvolle Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung gesellschaftlich nützlicher Produkte!

RÜSTUNG: VERSCHWENDUNG VON ARBEITSKRAFT

Die Produkte der Rüstungsindustrie tragen nichts — absolut nichts! — zum persönlichen Wohlstand jedes Einzelnen bei. Bomben kann niemand essen, Napalm niemand trinken, chemische Waffen düngen keine Felder, Panzer sind keine Vergnügungskutschen und Düsenjäger sind keine Massentransportmittel. Rüstungsproduktion ist Produktion für den Schrottplatz. Im günstigsten Falle lagern Rüstungsgüter auf Halde. Oder sie gehen in Feuer und Asche auf. Dabei vernichten sie anderes Leben und nützliche Güter. . .

Diejenigen, die ohne Rüstung scheinbar keinen "Lebensunterhalt" hätten — d.h. die Soldaten und die Beschäftigten der Rüstungsindustrie — produzieren ihren eigenen Lebensunterhalt nicht selbst. Ihre Wohnungen, Kleidung, Autos, Haushaltgeräte, Nahrungsmittel usw. werden durch die Arbeiter und Angestellten anderer Industriezweige hergestellt. Letzten Endes werden sie auf Kosten der gesamten übrigen Gesellschaft versorgt. (Dies ist natürlich nicht ihre eigene Schuld: sie sind durch das kapitalistische System ge-

zwungen, im entsprechenden Industriezweig zu arbeiten bzw. 15 Monate in der Bundeswehr zu "dienen".)

Genausogut könnte man die Rüstungsproduktion schlagartig stoppen und die Bundeswehr auflösen. Die Versorgung der davon betroffenen 1,3 Millionen Beschäftigten und Soldaten samt ihrer Familien mit allen Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens wäre dadurch nicht gefährdet. Denn diese Produkte könnten weiterhin in gleichem Umfang wie bisher in den entsprechenden Industriezweigen hergestellt werden. . .

Rüstungsindustrie und Bundeswehr entziehen ca. 5% der arbeitsfähigen Bevölkerung einer wirklich produktiven Tätigkeit. Sie müssen von den übrigen 95% der Erwerbstätigen mitversorgt werden. Jahr für Jahr werden auf diese Weise 5% des geschaffenen Volkvermögens auf die Schutthalde geworfen. Welche riesigen Möglichkeiten zur Steigerung des Lebensstandards (oder zur Arbeitszeitverkürzung) bestünden, wenn diese 1,3 Millionen Menschen produktiv tätig sein könnten?

Jugend im Zivildienst

"Ich komme mir bald vor wie beim Sünd! Dabei dachte ich anfangs, hier wäre es anders – aber Pustekuchen! Hier wirste genauso schikaniert" (Aus dem Bericht eines Zivildienstleistenden).

In der Tat: es gibt Bestrebungen, den Zivildienst verstärkt zu militarisieren: Unterbringung in Kasernen, Umwandlung in einen Arbeitsdienst (z.B. billige Waldarbeiter), Verlängerung der Dienstzeit usw.

Rund 45.000 Zivildienstleistende (ZDL) verrichten gegenwärtig ihren Dienst. Sie tun das in Krankenhäusern, Altersheimen, Jugendzentren, beim Roten Kreuz usw. Meist länger als 40 Stunden jede Woche. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal. Dafür erhalten sie einen monatlichen Sold von miesen 195,- DM, obwohl sie oft die Arbeit von Fachkräften erledigen. Das richtige Wort dafür heißt: Ausbeutung! Als billige Arbeitskräfte mißbraucht, spielen sie die Rolle von Konkurrenten für die wirklichen Fachkräfte mit gründlicher Ausbildung. Sie sind "Lohn-drücker". Streikrecht besteht für sie nicht. Wer dies trotzdem tut, (wie 1978) wird dienstrechtlich verfolgt und diszipliniert.

Für kurze Zeit (1977) war eine freie Wahl zwischen Bundeswehr und Zivildienst möglich. Scheinbar war damit ein im Grundgesetz niedergeschriebenes Grundrecht auch in der Wirklichkeit erfüllt. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer wuchs schnell: ohne die unwürdigen Ge-

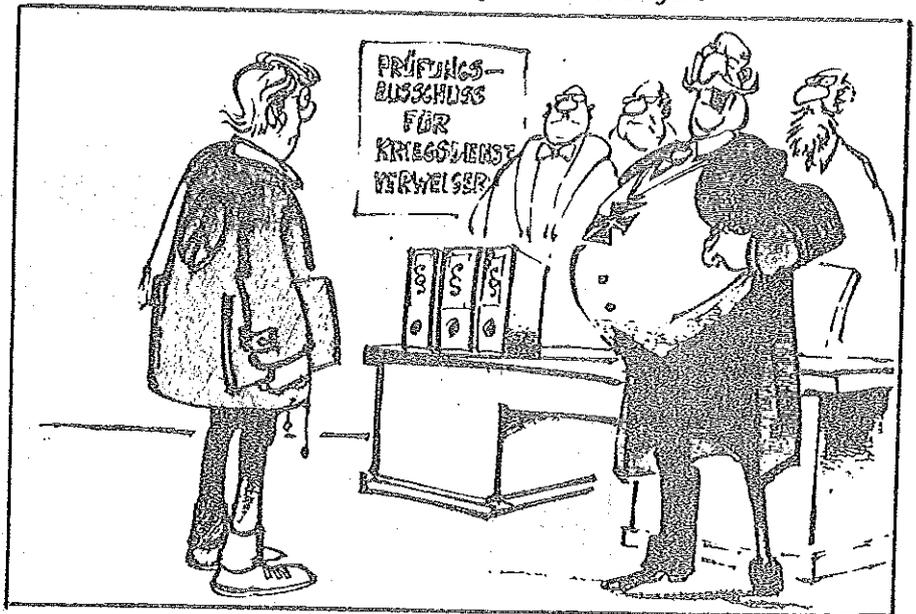
wissensverhöre hatten mehr Jugendliche den Mut, zur Bundeswehr "Nein" zu sagen.

Lange ging's nicht. Auf Druck der Militärs wurde dieses Zugeständnis schnell wieder zurückgenommen. Wer heute aus Gewissensgründen lieber Zivildienst ableisten möchte, der muß wieder zuerst das Räderwerk der Kreuzverhöre beim Prüfungsausschuß überstehen.

Offenbar ist das manchen Kräften noch nicht genug Abschreckung: zusätzlich liegen Pläne in der Schublade, die Dienstzeit auf 24 Monate zu verlängern. (Mit 16 Monaten ist sie gegenwärtig schon 1

Monat länger als bei der Bundeswehr). Das muß anders werden!

Im Prinzip ist der Zivildienst in seiner gegenwärtigen Form völlig überflüssig. Beispielsweise gibt es genügend ausgebildete, aber arbeitslose Krankenpfleger, die die entsprechende Arbeit viel fachkundiger durchführen könnten. Sie werden aus "Spargründen" aber nicht alle eingestellt. Stattdessen greift man auf die billigen ZDL'er zurück. Deshalb fordern wir grundsätzlich eine ersatzlose Abschaffung des Zivildienstes. Solange er jedoch weiterbesteht, kämpfen wir für grundlegende Änderungen.



„Was läßt Sie daran zweifeln, daß wir Ihre Probleme verstehen?“

Deshalb fordern wir:

- * Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für alle ZDL (auch an ihrer Dienststelle)!
- * Keine Verlängerung der Dienstzeit! Sondern Verkürzung auf 15 Monate!
- * Keine Ausnutzung der Zivildienstleistenden als billige Arbeitskräfte! Mindestvergütung 1.500,- DM netto oder die volle Lohnfortzahlung aus dem bisherigen Beruf!
- * Wer als ZDL die Arbeit von Fachkräften verrichtet, z.B. als Krankenpfleger, der soll auch den vollen tariflichen Lohn einer solchen Fachkraft erhalten!
- * 35-Stunden-Woche maximal – und 35 Tage jährlichen Mindesturlaub für alle ZDL!
- * Volle Kostenerstattung für wöchentliche Heimfahrten!
- * Für die freie Wahl zwischen Bundeswehr und Zivildienst! Ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfungen!
- * Volles Streikrecht für ZDL! Abschaffung aller Disziplinarmaßnahmen!
- * Der Zivildienst muß unter die demokratische Kontrolle der Gewerkschaften gestellt werden!
- * Keine Kasernierung für ZDL! Keine Umwandlung in einen Arbeitsdienst! Keine Dienstpflicht für Frauen und Mädchen!

Trotz Demonstrationen
und Appellen: Weltweiter Rüstungswahnsinn

FRIEDENSBEWEGUNG - WIE SOLL ES WEITERGEHEN ?

Im Laufe des vergangenen Jahres fand eine Wiederbelebung der Friedensbewegung statt. Millionen demonstrierten in ganz Europa und den USA für Abrüstung, gegen die Stationierung neuer Atomraketen.

Vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Spannungen erscheinen die steigenden Rüstungsausgaben bei gleichzeitigem Welthunger und -elend einem immer größeren Teil der Bevölkerung als Politik des Wahnsinns. Die Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen nimmt zu; zeigt doch der Konflikt um die Falkland-Inseln erneut, wie unsicher diese Welt ist.

SPD-Basis

Die Aktivisten der Friedensbewegung haben vieles geleistet, um in der Bevölkerung das Ausmaß des heute zur Verfügung stehenden Vernichtungspotentials zu verdeutlichen.

Viele Leute, vor allem Jugendliche, wurden durch die Friedensbewegung aus einer gleichgültigen Haltung aufgeschreckt und politisiert. Unzählige Resolutionen, Appelle und Unterschriften wurden abgegeben, in denen die Bundesregierung aufgefordert wurde, eine politische Wende einzuleiten. Gerade auch in der SPD wurde durch die Friedensbewegung ein Klima erzeugt, das große Teile der Basis gegen die Rüstungspolitik von Schmidt, Apel und Co. aufbrachte. Auch wenn sich die Linie der Regierung noch einmal durchgesetzt hat: über 300 SPD-Gliederungen brachten Anträge zur Rüstungsfrage auf dem Münchner Partei-

tag ein. Fast alle gehen mehr oder weniger in Opposition zum Regierungskurs. Die SPD-Landesverbände Schleswig-Holstein und Bremen und mit ihnen viele Unterbezirke und Ortsvereine forderten den eindeutigen Stationierungsverzicht und den Stopp der Vorbereitungsmaßnahmen für die Mittelstreckenraketen. Zehntausende von SPD-Mitgliedern und -Wählern und viele weitere Rüstungsgegner demonstrierten anlässlich des SPD-Parteitag am 17.4.82 in München für den Frieden.

Erfolg und Mißerfolg

Es ist als ein Erfolg zu werten, daß die Diskussion um die Abrüstung die Position des bürgerlichen Staates und auch der Rechtssozialdemokratie im Bewußtsein weiter Teile der Bevölkerung geschwächt wurden. Dies gilt insbesondere für den bürgerkriegsähnlichen Krach um den Ausbau der Militär-Startbahn West in Frankfurt am Main. Ein direkter Erfolg für die Friedensbewegung ist aber nicht in Sicht. Der Kampf gegen die Startbahn West endet wahrscheinlich in einer Niederlage. Während in Genf angeblich noch ernsthaft über Abrüstungsschritte verhandelt wird und viele Rüstungsgegner noch Hoffnungen darin sehen, stellt die Bundesregierung bereits Gelder bereit, um die Infrastruktur darauf einzustellen, daß Pershing II und Cruise Missiles stationiert werden können. Die Firma MAN hat sogar schon einen Auftrag über die Produktion eines Sattelschleppers zum Transport von Cruise-Missiles-Raketen in der Tasche.

Ebenso ist der Aufbau von Abschußbasen in vollem Gange. Trotz Friedensbewegung haben die Bundestagsfraktionen vor kurzem neue Richtlinien für den Waffenexport beschlossen, wonach die Rüstungsindustrie einen größeren Spielraum für Waffenexporte erhält als bisher. Bonn und Washington haben vor einigen Monaten ein Abkommen geschlossen, das die Bundesregierung verpflichtet, die USA im Krisen- und Kriegsfall mit einem Reservistenkorps von 100.000 Mann zu unterstützen. Zusätzlich sollen Einrichtungen zur militärischen Unterstützung "des großen Bruders" aufgebaut und unterhalten werden. Das ganze Programm des sogenannten "War-time-Hot-Nation-Support" kostet 550 Millionen Mark, von denen 1983 die ersten 50 Millionen fällig sind. Die jährlichen Unterhaltungskosten betragen 50 Millionen Mark.



Klassenfrage

Das neueste aus dem Pentagon ist die Neuauflage eines Programmes zur Produktion von Nervengas und chemischen Waffen. Der Rüstungswahnsinn geht weiter — überall auf der Welt. Die heutige Friedensbewegung ist zu schwach, um ihn aufzuhalten. Im Verhältnis zur Friedensbewegung ist der bürgerliche Staat stärker. Dies kommt vor allem daher, daß die Friedensbewegung außer dem Willen eines beachtlichen Teiles der Bevölkerung keine handfesten Druckmittel in der Hand hat. Wir können demonstrieren, Unterschriften abgeben, protestieren und appellieren. Aber wenn das nicht ausreicht, um die Herrschenden zum Kurswechsel zu zwingen, sind wir am Ende mit unserer Bewegung. Die einzige Kraft, die in der kapitalistischen Gesellschaft einen Wandel herbeiführen kann, ist die Arbeiterklasse. Sie produziert die ganze wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft — auch die Waffen. Wenn sie nicht mehr bereit ist, für das Kapital zu arbeiten, ist es mit dessen Herrschaft nicht mehr weit her. Sogenannte autonome Bewegungen haben in ihrer Mehrheit stets aus den Augen verloren, daß sie auf die Arbeiterbewegung angewiesen sind, wenn sich ihre Ziele verwirklichen sollen. Die relative Schwäche der Arbeiterbewegung und vor allem die konservative Haltung ihrer Führung hat viele Kämpfer in verschiedenen Bewegungen blind gemacht für das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse. Die Niederlage der eigenen Bewegung hat dann

viele Aktivisten in die Resignation getrieben.

Deshalb muß die Friedensbewegung zur Klassenfrage gemacht werden. Das Bedürfnis nach Frieden muß verbunden werden mit dem Bedürfnis nach einem sicheren Arbeitsplatz, besseren Arbeitsbedingungen und einem angemessenen Lebensstandard. Der ganze Mangel, Armut, Unterdrückung auf der einen Seite und enorme Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen für Rüstungs- und Kriegszwecke auf der anderen Seite haben ihre Ursache in erster Linie im kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst. Die Unternehmer brauchen eine Armee und immer bessere Waffen zur Verteidigung ihres Profitsystems nach außen und innen.

Sozialismus oder Barbarei

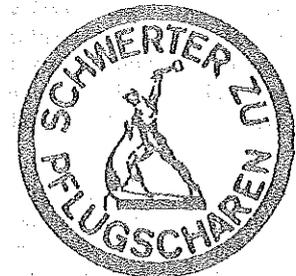
Kelner, der sich der Friedensbewegung angeschlossen hat, hat Grund zur Resignation, auch wenn der Rüstungswahnsinn weitergeht. Wir wollen Frieden, aber die Herrschenden sind nicht bereit, ihn uns zu geben. Deshalb müssen wir uns darauf vorbereiten, mit der herrschenden Klasse und ihren politischen Helfershelfern abzurechnen.

Es wird wiederholt Chancen geben, den Kapitalisten die Macht zu entreißen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen. Erst wenn diese Gelegenheiten verpaßt werden und

ähnlich den 20er Jahren eine Serie von Niederlagen die Arbeiterbewegung völlig demoralisiert hat, könnte die herrschende Klasse die Macht an einen neuen Hitler übergeben, der dann den "atomaren Erstschlag" und den "totalen Krieg" anordnen und damit die Zerstörung der gesamten Menschheit einleiten könnte.

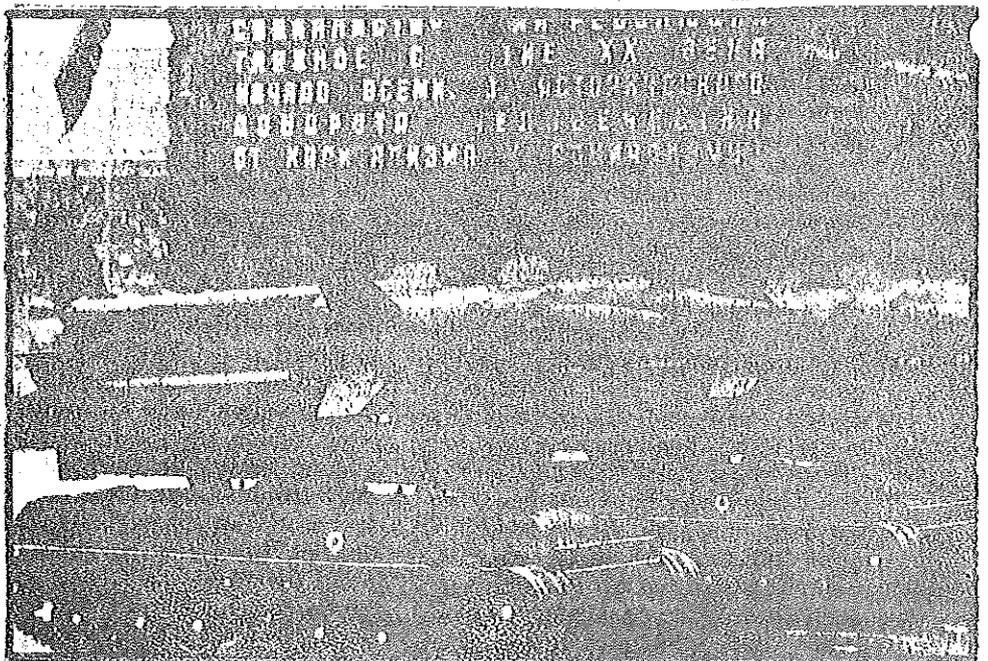
Deshalb hängt die Zukunft der gesamten Menschheit davon ab, ob die Arbeiterklasse aus den Klassenkämpfen in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren siegreich hervorgeht. Deshalb heißt die konsequente Fortsetzung der Friedensbewegung: Kampf für eine sozialistische Demokratie, um die herrschende Klasse zu entwaffnen und eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, die Kriege nicht mehr nötig hat.

Ursel Beck
Mitglied der Jusos Stuttgart



Große Friedensdemonstrationen

10.10.81	Bonn	300.000
25.10.81	Brüssel	100.000
	London	150.000
	Rom	200.000
18.11.81	Madrid	500.000
21.11.81	Amsterdam	300.000
12.04.82	Chicago	25.000
Ostermärsche	1982	480.000
17.04.82	München	50.000
10.06.82	Bonn	?

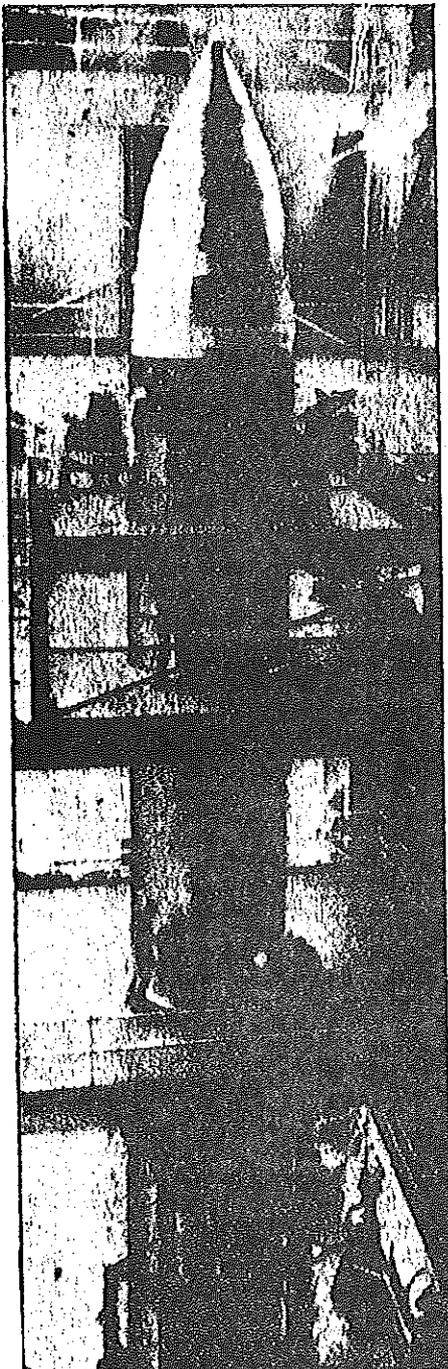


Raketen-Parade in Moskau

Falkland - Krieg beendet

EINZIGER SIEGER: DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE

Verwirrung unter Linken



MX-Rakete

In den letzten Tagen habe ich oft die Frage gehört, wer eigentlich von einem Krieg um zwei Felsen im Südatlantik profitieren könnte. Also, ich glaube, ich hab's. Eine englische Zeitung trägt folgende Überschrift: "Börsenhändler kämpfen jetzt miteinander" — um Rüstungsaktien natürlich. Falls Du einige Millionen locker hast, würden wir "GEC" empfehlen — diese Firma macht Radargeräte für Flugkörper und ihre Gewinne werden dieses Jahr um DM 450 Mio. steigen, und nächstes Jahr um 320 Mio. Aber Du brauchst Dich nicht darauf beschränken: alle Rüstungsgesellschaften erwarten Riesenprofite in diesem Jahr, und der Krieg dauerte nur ein Paar Wochen!

Wie in jedem kapitalistischen Krieg bekommen die Reichen das Gold und die Armen das Blei.

Die Bilanz des 74 Tage dauernden Krieges: auf britischer Seite 250 Tote, 750 Verwundete, 7 Schiffe, 20 Flugzeuge und Hubschrauber verloren. Die ganze Expedition hat den Briten etwa 6 Milliarden DM gekostet. Man darf raten, wer das bezahlen soll. Sicher nicht die Rüstungsaktionäre.

Auf argentinischer Seite werden offiziell 2.000 Tote (bei insgesamt 3.000 Vermissten) gemeldet. Man kann davon ausgehen, daß diese offiziellen argentinischen Zahlen eher noch untertrieben sind.

Jedenfalls ist festzustellen, daß mehr Soldaten ums Leben kamen als Menschen auf der Insel leben. Auf einen "befreiten" Inselbewohner kommt mindestens ein Todesopfer.

Erst das Geschäft,
dann die "Moral"

Der Falklandkrieg hat den westlichen Regierungen gutgetan; erst seitdem die Inseln überfallen wurden, ist Ihnen klar geworden, daß es an Menschenrechten in Argentinien mangelt, obwohl alle anderen es schon längst wissen. Nur die Sowjetunion scheint es inzwischen wieder vergessen zu haben. Seit der Machtübernahme der Junta sind 20.000 Gewerkschafter und politische Oppositionelle ermordet worden. Thatcher nannte die Junta sogar "faschistisch". Schade, daß sie das nicht wußte, als sie ihr so viele Waffen verkaufte.

Linke verwirrt

Der Falkland-Krieg hat auch gezeigt, in welche Verwirrung und Widersprüche ein solches Ereignis linke Gruppen und Parteien stürzt. Die Labour Party in Großbritannien unter Führung von Michael Foot, (ein Mann, der manch eine Friedensdemo mit seiner Anwesenheit beglückte) hatte nichts besseres zu tun, als ihre Zustimmung zu der Entsendung der Flotte zu geben, obwohl sie gegen deren Einsatz am Kriegsspielplatz war. Warum sie dann überhaupt dorthin schicken? Die Linke der Labour Party und Europas hat einfach eine pazifistische Position eingenommen und fordert den Rückzug der Truppen, ohne zu sagen wie, ihre Alternativen zum Krieg sind genauso schwach — Lösung auf diplomatischem Wege durch die UNO, eine Organisation die während ihrer ganzen Existenz nicht in der Lage war, einen Krieg zu verhindern.

Weder einmal kapituliert die Führungsspitze der internationalen Sozialdemokratie (wie schon beim 1. und 2. Weltkrieg) vor Imperialistischer Kriegspolitik. In der Sozialistischen Internationale zerstritten sich auf der Sitzung im Mai Sozialisten Europas und Lateinamerikas. Jeder betrachtete offenbar die Interessen "seiner" jeweiligen Kapitalisten auch als die eigenen.

Die SPD-geführte Bundesregierung oder die sozialistische Fraktion im Europaparlament wußten ebenfalls nichts Besseres als die reaktionäre Thatcher-Regierung zu unterstützen.

Aber auch auf Seiten der Argentinien-Befürworter befanden sich merkwürdige Verbündete.

Wusstet Ihr schon

In der auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongreß 1907 einstimmig angenommenen Resolution gegen den Militarismus heißt es am Schluß:

"Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Afrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Die Sowjetunion, Kuba, in der BRD: undogmatische Linke, Grüne, Alternative, — sie alle entdeckten ihr Herz für das Kolonialland Argentinien, das von einer imperialistischen Großmacht herumgeschubst werde. Wie kann eine brutale Militär-Junta die Interessen der kolonialen Völker vertreten? Bei der Besetzung der Falklands/Malvinen ging es in erster Linie um Macht und Prestige der Junta, ganz und gar nicht um einen anti-imperialistischen Gegenschlag.

Imperialistische Kolonialländer

Abgesehen davon ist Argentinien selbst eine entwickelte Industriegesellschaft und hat eine eigene Kapitalistenklasse, die trotz Abhängigkeit und Unterwürfigkeit gegenüber den USA und anderen imperialistischen Staaten auch eigene Interessen verfolgt. (Dies zeigt doch gerade auch das Falkland-Abenteuer der argentinischen Generäle!) Ehemals koloniale Länder, besonders die größeren und industriell besser entwickelten, betreiben heute selbst eine imperialistische Politik (z.B. Indien, Südafrika). Die mechanische Einteilung in Industrieländer und "Dritte Welt", von denen letztere zu unterstützen ist, paßt heute nicht mehr. Die Politik eines Landes ist nicht schon deshalb fortschrittlich, weil sie von einem Ex-Kolonialland gegen eine westliche Industriemacht geführt wird.

Wer das blutige Poker um die Insel verliert, dessen Regime muß ins Wanken geraten. Dieser Prozeß zeichnet sich jetzt in Argentinien ab. Die herrschende Klasse ist tief gespalten, wie sie weiter verfahren soll — mit neuer Härte und noch brutalerer Unterdrückung oder mit vorsichtiger Liberalisierung. Wie immer sie sich entscheidet, sie wird ihre Macht nicht halten und die argentinischen Arbeiter — Leidtragende des Krieges — nicht länger zurückhalten können.

Auch in England wird die jetzige Stimmung schnell abebben und der graue Alltag mit 3 Mio. Arbeitslosen und sinkendem Lebensstandard wieder ins Bewußtsein zurückkehren. Thatcher wird um die Quittung für ihre Politik nicht herumkommen.

Wusstet Ihr schon

Pro Sekunde werden in der BRD 1.125.- DM für Rüstung ausgegeben. Die weltweiten Rüstungsausgaben entsprechen dem Dreifachen der Gesundheitsausgaben, dem Doppelten der Ausgaben für Erziehung und Bildung und dem 30fachen der Entwicklungshilfe.

Wusstet Ihr schon

Statt eines nuklearen U-Bootes könnte für 74.000 Familien in der 3. Welt Wohnungen gebaut werden. Die Kosten der bisher abgestürzten Starfighter würden ausreichen, um alle Seen und Flüsse in der BRD von Umweltverschmutzung und -vergiftung zu befreien.

Krieg und Klassenkampf

Im Falklandkonflikt sind zwei herrschende Klassen aufeinander gestoßen, die beide im Innern Probleme mit der Arbeiterbewegung haben. Der Krieg zeigt, zu welchen wahnwitzigen Abenteuern die Kapitalistenklasse fähig ist, wenn sie mit dem Rücken zur Wand steht.

Für beide ging es darum, von wirtschaftlichen Problemen abzulenken und neue Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Stuart Garvie,
Mitglied der Jungsozialisten
Köln Altstadt-Nord

Sichern Rüstungsaufträge Arbeitsplätze?

ARBEITER MÜSSEN DAS SAGEN HABEN!

Zivile Produktion statt Waffen!

Die Arbeitsplätze vieler Kollegen in der Luftfahrt-, Werft- und Rüstungsindustrie sind bedroht.

Das "Airbus"-Geschäft bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) ist rückläufig. Die großen Rüstungsprojekte der Bundeswehr – das Kampfflugzeug Tornado bei MBB, der Fregattenbau bei verschiedenen Werften und der Panzer "Leopard 2" bei Krupp-MaK in Kiel – sind bald abgeschlossen.

Folgende Entlassungen sind in den einzelnen Betrieben geplant:

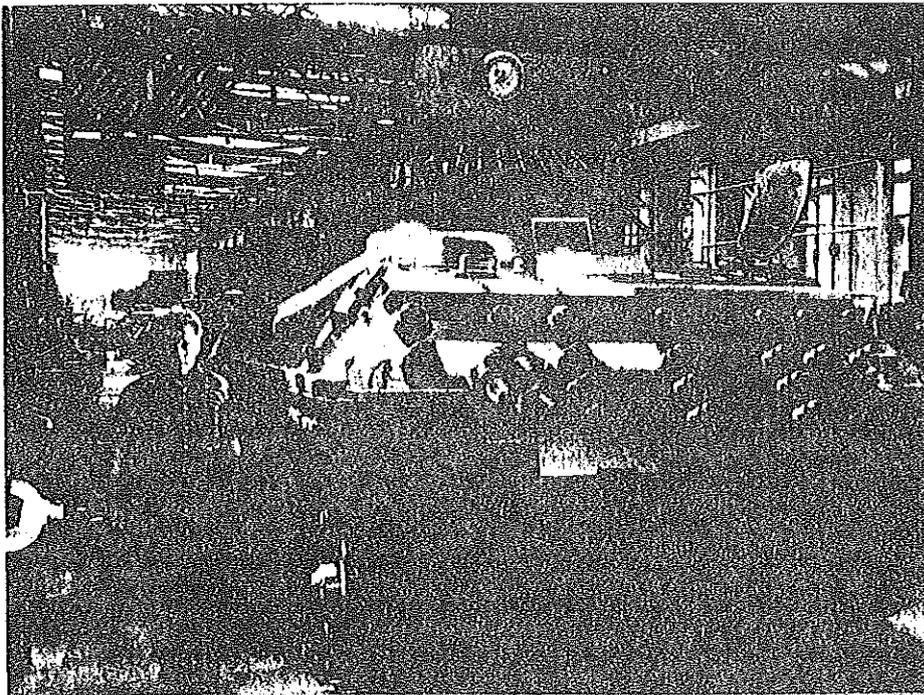
- 150 Kollegen bei der Bremer AG-Weser
- 500 Arbeiter und Angestellte (von insgesamt 4200 Beschäftigten) bei der Bremer Vulkan-Werft
- 500 Arbeiter und Angestellte (von 6200) bei der Hamburger Blohm und Voss-Werft
- 1400 Kollegen bei den Howaldt-Werken/ Deutsche Werft (HDW) in Kiel und Hamburg
- 5720 Kollegen (von ca. 38.000) nach neuesten Meldungen im gesamten Luft- und Raumfahrtunternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm/ Vereinigte Flugtechnische Werke (MBB/VFW) bis 1984

Der Anteil der Rüstung an der Gesamtproduktion ist in den genannten Betrieben in den letzten Jahren stark angewachsen. Den Kollegen wurde gesagt, dadurch würden Arbeitsplätze gesichert.

Richtig ist allerdings, daß in der Rüstungsproduktion mehr Arbeitsplätze vernichtet werden, als in anderen Branchen:

- * 1 Milliarde Mark im Bausektor schafft z.B. 50.000 Arbeitsplätze, 1 Milliarde Mark in der Rüstungsindustrie dagegen nur 37.000
- * dem Staat wird Geld für beschäftigungsintensive Ausgaben entzogen (z.B. Ausbau des öffentlichen Verkehrs)

*Rüstungsaufträge kommen schubweise, die Belegschaften werden zum Spielball von Politikern und Unternehmern.



Panzerproduktion

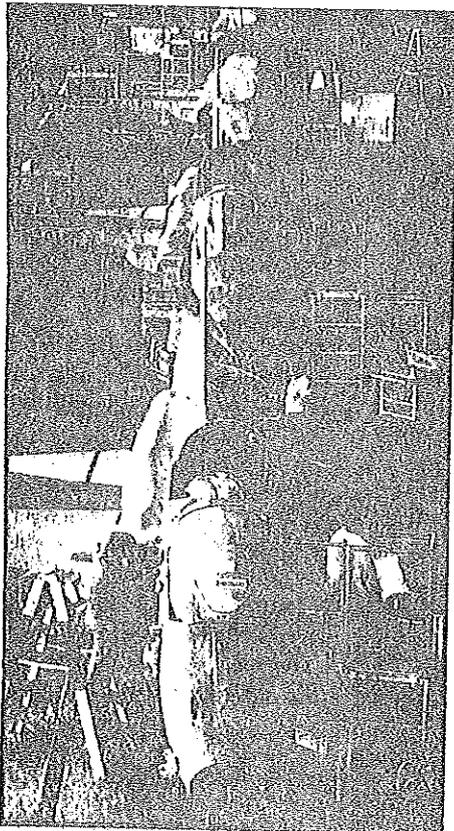
Zivile Produktion

Aufgrund dieser unsicheren Beschäftigungslage wurden bei MaK in Kiel, Blohm und Voss in Hamburg und VFW in Bremen Arbeitskreise gegründet, die Vorschläge zur Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion erarbeiten. In anderen Betrieben sind ähnliche Arbeitskreise geplant. Die IG Metall unterstützt diese Arbeitskreise!

Die Arbeiter und Ingenieure sind in der Lage, zivile Produktionsvorschläge zu machen, ohne daß Arbeitsplätze verloren gehen, ja es können sogar neue geschaffen werden!

Die Vorschläge umfassen:

- *modernste Filter und Kläranlagen für die Industrie
- *Energiesparende Verkehrstechniken (Lokbau und Nahverkehr)
- *Maßnahmen zur Energieeinsparung (z.B. Blockheizkraftwerke)
- *Maßnahmen zur Energiegewinnung (Windenergie, Produktionsanlagen zur Erschließung kleiner Erdgasfelder unter Wasser)
- *Meerestechnologie zum Abbau knapper Rohstoffe unter Wasser.



Dies sind alles Produkte und Anlagen, für die in der Gesellschaft durchaus ein Bedarf besteht. Der Haken ist nur, daß sich die Produktion im Kapitalismus nicht nach dem Bedarf der Bevölkerung richtet, sondern nach den Profiten der Unternehmer. Und diese Profite waren bisher in der Rüstungsindustrie bedeutend höher als im zivilen Sektor.

Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften haben heute über die bestehenden Mitbestimmungsgesetze keine Möglichkeiten, die Herstellung bestimmter Produkte in den Betrieben durchzusetzen, wenn sich die Unternehmensleitung dagegen wehrt.

Einzelerefolge, wie die Erhaltung des Lok-Baus bei Krupp-MaK in Kiel sind zwar erfreulich, doch dürfen sie nicht die Illusion erzeugen, die Rüstungsproduktion könnte nach und nach auf zivile und bedarfsgerechte Produktion umgestellt werden.

Mitbestimmung

Nach wie vor bestimmen die Profit- und Machtinteressen der Unternehmer die Produktion. Ihnen gehören immer noch die Produktionsmittel, und sie entscheiden darüber, was und wie produziert wird. Eine Mitbestimmung, bei der letztendlich doch die Kapitalseite die Entscheidungen trifft, genügt nicht.

Die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen bei der Vulkan-Werft in Bremen, bei Blohm und Voss in Hamburg und bei HDW in Kiel zeigen den Protest und den Widerstand der Kollegen gegen Massenentlassungen und Kurzarbeit.

Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze muß, um erfolgreich zu sein, mit folgenden Forderungen geführt werden:

- *Erhalt aller Arbeitsplätze!
- *Gerechte Verteilung der (gesellschaftlich notwendigen) Arbeit auf alle!
- *Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- *Planvolle Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung gesellschaftlich nützlicher Produkte!
- *Überführung der Rüstungsindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- *Leitung der Firmen durch Aufsichtsräte, denen zu gleichen Teilen Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat angehören!

Andreas Schmid, Kiel
SPD-Mitglied

Im Wahlkampf muss die SPD Farbe bekennen

RAKETEN- STATIONIERUNG VERHINDERN!

Mobilisierung der DGB-Basis notwendig

Nach dem Willen der NATO sollen ab Ende diesen Jahres 572 atomare US-Mittelstreckenwaffensysteme in den 5 europäischen NATO-Staaten stationiert werden. Mit den neuen "Pershing II" und den "Cruise Missiles" sollen die Bevölkerungs- und Militärzentren der westlichen UdSSR treffsicher vernichtet werden können. Die Urheber der NATO-"Nachrüstung" nehmen bewußt in Kauf, daß Mitteleuropa zum Schauplatz eines "begrenzt durchführbaren Atomkrieges" werden könnte. Die US-Regierung kalkuliert, daß die BRD das erste Land sein wird, das dem Erdboden gleichgemacht wird, und verlegt wohl deshalb ihre europäische Kommandozentrale von Stuttgart nach Großbritannien.

Friedensbewegung

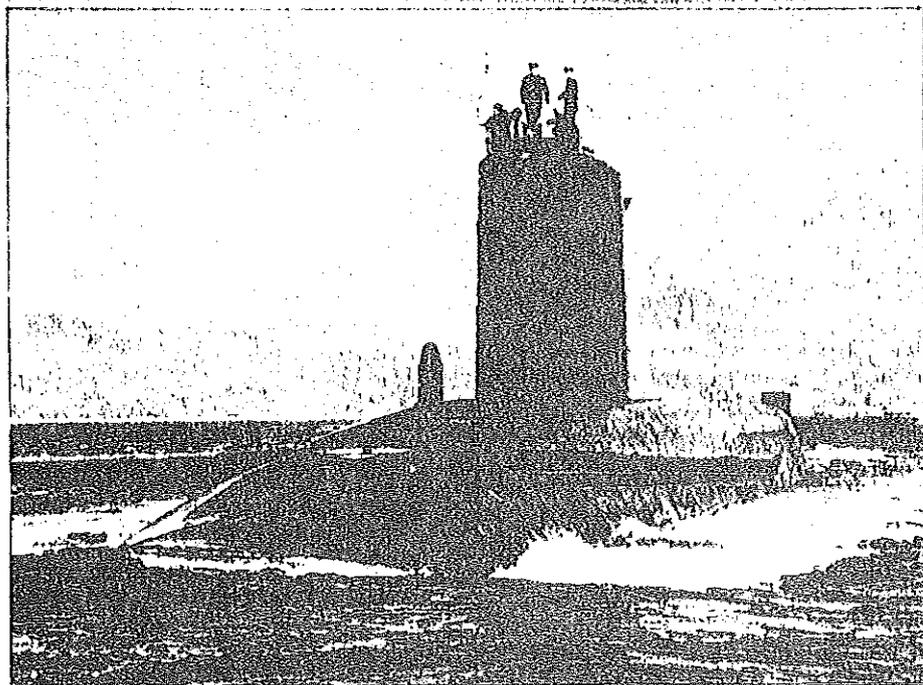
Aus mangelndem Vertrauen in diese Geheimdiplomatie und wegen der Heuchelei der NATO und Säbel-Rassel-Politik von Reagan entstand eine enorme Bewegung gegen die Nachrüstung. Unzählige Veranstaltungen wurden abgehalten, lange Diskussionen geführt, Resolutionen und Appelle verabschiedet, Unterschriften gesammelt. Dennoch sind die Nachrüstungspläne noch nicht vom Tisch. Immer mehr Aktivisten der Friedensbewegung wird deutlich, daß die bisherige Form der Bewegung und ihre Mittel nicht ausreichen, um die Stationierung der Raketen zu verhindern.

Staatliche Unterstützung

Jeder Stationierungsort soll zu einem Bürgerkriegsschauplatz werden. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß so eine Auseinandersetzung viel härter werden wird. Der Staat wird seine ganzen Unterdrückungsinstrumente (Polizei, Justiz, Militär) einsetzen, um seine militärischen Einrichtungen zu verteidigen. Die Baden-Württembergische CDU-Regierung hat bereits bei den friedlichen

Blockaden von Militäreinrichtungen zum dritten Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses 293 Demonstranten vorübergehend festgenommen.

Es wurde sogar extra einen Tag vorher ein Gesetz in Kraft gesetzt, wonach Demonstranten die Kosten für Polizeieinsätze selbst bezahlen müssen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Kampf gegen die Startbahn West in einer Niederlage endete. Mit solchen Kämpfen allein kann die Stationierung nicht verhindert werden.



Arbeiterbewegung

Letzten Endes kommt es auf die organisierte Arbeiterbewegung an. Bedauerlicherweise war die Auseinandersetzung innerhalb von SPD und DGB bisher ein einziges Drama.

Von Anfang an haben die Führer der Sozialdemokratie ständig auf ihre Rolle als Friedenshüter hingewiesen. Sie wollten uns sogar glaubhaft machen, daß der NATO-Doppelbeschluß den Frieden sicherer machen würde. Viele Mitglieder wandten sich enttäuscht von SPD und DGB ab und organisierten sich in den unabhängigen Friedensinitiativen.

Basis gegen Doppelbeschluß

Die Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft und zumindest ein beachtlicher Teil der Gewerkschaftsmitglieder sind gegen die Nachrüstung. Dennoch hat es der rechte Flügel in SPD und DGB bisher geschafft, eine eindeutige Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses zu verhindern.

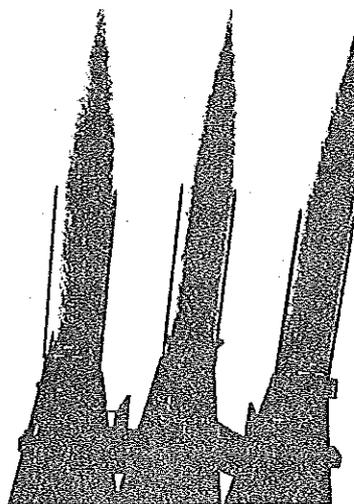
Auf dem Parteitag der SPD vor einem Jahr konnten die Rechten eine Verschiebung der Entscheidung bis Ende 1983 durchsetzen. Während einige Einzelgewerkschaften bereits eindeutige Beschlüsse gegen die Nachrüstung gefaßt haben und sogar nach Aktionen des DGB verlangten, drückt sich die DGB-Führung um eine klare Entscheidung zum NATO-Doppelbeschluß.

Sowohl SPD, als auch DGB-Führung wollen sich auf sogenannte "politische Mittel" in Rüstungsfragen beschränken. Sie verstehen darunter Appelle an die Regierungen von USA und UdSSR, die Genfer Verhandlungen erfolgreich abzuschließen.

Zwei SPD-Landtagsabgeordnete (M. Sexauer und J. Schröder), die sich am 12. Dezember 1982 an einer Blockadeaktion vor dem US-Hauptquartier in Stuttgart beteiligten, gerieten deswegen unter harten Beschuß ihrer Fraktionskollegen.

Einseitige Abrüstung

In der SPD müssen wir uns für die Forderung nach bedingungsloser Abrüstung einsetzen, wie es z.B. die britische Labour-Party auf ihrem Parteitag mit 2/3 Mehrheit beschlossen hat. Für den Fall einer CDU/CSU-Regierung muß deutlich gemacht werden, daß die Aufrüstung auch mit außerparlamentarischen Mitteln bekämpft werden muß.



In diesem Sinne war die Aktion der beiden Landtagsabgeordneten ein Schritt in die richtige Richtung. Blockaden und Demonstrationen müssen aber eine klare Stoßrichtung haben. Wir müssen uns fragen: Wie viele Hunderttausend müssen es wie lange an den Plätzen aushalten! Was sollen sie

gegen Polizeieinsätze und Gerichtsurteile unternehmen? Denn ohne Unterstützung durch die organisierte Arbeiterbewegung wird die Friedensbewegung ihre Ziele gegen den Staatsapparat nicht durchsetzen können. Dies gilt vor allem für diejenigen Arbeiter, die direkt oder indirekt mit der Stationierung zu tun haben. Aktive Gewerkschafter diskutieren bereits über mögliche Arbeitskämpfmaßnahmen gegen die Stationierung – ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung.

Kämpfe verallgemeinern

Insgesamt kommt es jetzt darauf an, den Kampf gegen die Nachrüstung und den Rüstungswettlauf überhaupt zu verbinden mit dem Kampf gegen all die anderen Übel der kapitalistischen Gesellschaft, wie Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, sinkender Lebensstandard.

Die notwendige Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Nachrüstung darf sich nicht auf diesen Punkt beschränken. Denn selbst wenn die Nachrüstung verhindert werden kann, gibt es immer noch Waffenpotential, um die Welt mehrmals zu vernichten.

Und wenn die Kapitalisten Kriege nötig haben, werden sie nicht davor zurückschrecken, dieses Potential einzusetzen. Deshalb ist für die Zukunft der gesamten Menschheit von entscheidender Bedeutung: Wird die Arbeiterklasse aus den in den nächsten Jahrzehnten unvermeidlich ausbrechenden Klassenkämpfen siegreich hervorgehen? Wird sie den Übergang zu einer weltweiten sozialistischen Demokratie vollbringen, um dann eine völlige Abrüstung durchführen zu können und Kriege aller Art auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Ursula Beck, Stuttgart
Juso-Mitglied

Genfer Verhandlungen

ABRÜSTUNG DURCH VERTRÄGE?

Kurt Pfeifle, Aachen
Mitglied der Jungsozialisten

In Genf "verhandeln" die Supermächte USA und UdSSR zur Zeit über einen Abbau der Atom-Mittelstreckenraketen in Europa. Doch welche Aussichten hat dies überhaupt?

"Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", sagte einmal ein berühmter preußischer Militärtheoretiker und -praktiker. Abgewandelt auf den Kapitalismus heißt das: Der Krieg ist die Fortsetzung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln.

Fast so alt wie die Kriege selbst sind die vergeblichen Bemühungen, die von den herrschenden Klassen angezielten Kämpfe zu "vermenschlichen".

Der deutsche Imperialismus war im 1. Weltkrieg vernichtend geschlagen worden. So konnte er an einen neuen Krieg vorläufig nicht denken. Das Versailler "Friedensdiktat" wollte er aber wegen der hohen Reparationszahlungen und der Gebietsabtrennungen auf Dauer ebenfalls nicht akzeptieren. Folglich war es seine Strategie, mit den Rivalen vorläufig "Frieden" zu schließen, um die Hände frei zu haben für eine militärische Neu-Aufrüstung. 1925 unterzeichnete Deutschland mit Frankreich, Belgien, und Großbritannien den "Sicherheitspakt von Locarno". Darin wurde die ausdrückliche Verpflichtung abgelegt, "in keinem Fall zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Krieg gegeneinander zu schreiten." Der deutsche Außenminister Stresemann wird in den Geschichtsbüchern als "Friedensengel" gefeiert. Allerdings schrieb er dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, daß dieser Kriegsverzicht "nur theoretischen Charakter" habe.

In demselben Brief wurden entgegen der öffentlichen Friedensbeteuerungen "drei große Aufgaben" deutscher Außenpolitik formuliert:

1. "Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichem Sinn."
2. "Befreiung der 10 bis 12 Millionen Deutschen, die unter fremdem Joch in fremden Ländern leben."
3. "Korrektur der Ostgrenzen."

Das war eine geheime Kriegserklärung der deutschen Imperialisten gegen ganz Europa, lange bevor sie ihr Aufrüstungswerkzeug, den Hitler-Faschismus an die Macht brachten. In der Folgezeit wurde diese Taktik öffentlicher Friedenseide und geheimer Kriegsvorbereitungen fortgesetzt: 1926: Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Deutsch-sowjetischer Freundschaftsvertrag.

1933: Im Oktober bekundet Hitler in einem "Aufruf an das deutsche Volk" den "Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben".

1934: Nichtangriffspakt zwischen Hitler und dem polnischen Diktator Pilsudski.

1935: Deutsch-englisches Rüstungsbegrenzungsabkommen.

1939: Hitler-Stalin-Pakt, der den gegenseitigen Nichtangriff zum Inhalt hat, wird veröffentlicht. In einem geheimen Zusatz wird die Aufteilung Polens geregelt.

Kein einziger Vertrag hinderte den Hitler-Faschismus daran, nach Schaffung der politischen Voraussetzungen und der militärischen Stärke sämtliche Verträge zu brechen und einen barbarischen Krieg anzuzetteln.

Aber ist das "demokratische Amerika" von heute mit der Hitler-Diktatur zu vergleichen? Natürlich nicht in jeder Hinsicht.

Doch der US-Imperialismus bricht Verträge genauso wie andere imperialistische Mächte vor ihm.

Man betrachte nur die heuchlerischen Versprechen, "In aller Welt Demokratie und Menschenrechte zu fördern" und die gleichzeitige Unterstützung der Militärdiktatur beim NATO-Partner Türkei. Oder die geheimen Waffenlieferungen an die Militärdiktatur in El Salvador. . . und, und, und. . .

Bei den Genfer Verhandlungen sitzen die Herrschenden aus Ost und West am grünen Tisch: Kapitalisten, deren System sich auf Privateigentum an den Produktionsmitteln stützt, und Bürokraten, die über ein System herrschen, das auf Planwirtschaft und Staatseigentum basiert. Sie mißtrauen sich gegenseitig auf's äußerste.

Sollten am Ende wirkliche, echte Abrüstungsschritte herauskommen, so wäre dies natürlich zu begrüßen. (Es wäre jedoch das erste Mal in der Weltgeschichte.) Aber Abrüstung alleine sichert den Frieden nicht auf Dauer.

Selbst wenn 90% des gegenwärtigen Waffenpotentials der Erde verschrottet würden, wären immer noch 10mal so viele Vernichtungsmittel vorhanden wie 1939. Wenn dann wieder ähnliche politische Ausgangsbedingungen wie 1939 entstehen, würde dies auch erneut zum Krieg führen.

Darum behält Rosa Luxemburg recht: Der Weltfriede läßt sich dauerhaft nur sichern, wenn weltweit eine sozialistische Demokratie, eine Gesellschaft ohne das Eroberungsstreben einer herrschenden und besitzenden Klasse besteht.

"Sozialistische Demokratie" — das heißt:

* Sturz der herrschenden bürokratischen Diktaturen im Ostblock und Demokratisierung auf allen Ebenen.

* Sturz des Großkapitals im Westen und Sozialisierung der Banken, Versicherungen und der großen Industrieunternehmen.

MEMORANDUM FOR THE RECORD

On 10/10/2013, the following information was received from the [redacted] regarding the [redacted] case.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.

The [redacted] advised that the [redacted] was [redacted] on 10/10/2013.